

Stadtrat plant neue Schulraumstrategie

Das Stadtparlament soll am Dienstag einen Kredit von knapp 200 000 Franken für die Ausarbeitung bewilligen.

Diana Hagmann-Bula

Moderne Schule ist lebendige Schule. Und diese Schule verändert sich nun mal, Schülerzahlen verändern sich nun mal. «Darum ist der Postulatsbericht FSA+ aus dem Jahr 2017 teils schon überholt», sagt Stadtrat Mathias Gabathuler, Vorsteher der Direktion Bildung und Freizeit. 2017/18 waren es 6129 Schulkinder (Kindergarten bis Oberstufe), 2020/2021 sind es 6485 und 2027/28 sollen es gemäss Prognosen 7250 sein. Das bedeutet einen Anstieg um 18,3 Prozent. Anders ausgedrückt: 2027/28 wird St. Gallen 50 Schulklassen mehr zählen als noch 2017/18.

«Wir beobachten eine Verjüngung der Stadt. Eine demografische Veränderung, die dazu führt, dass wir in Schule und Tagesbetreuung steigenden Bedarf haben, während wir einen weniger ausgeprägten Anstieg an Einwohnerinnen und Einwohnern haben», sagt Gabathuler. In der Vorlage, die am Dienstag vor das Stadtparlament kommt, ist von rollender Planung die Rede. Es liege in der Natur der Sache, dass der Schul- und Betreuungsraum von Zeit zu Zeit überdacht werden müsse.

15 statt nur sechs Jahre planen

In der Stadt St. Gallen ist es nach vier Jahren wieder so weit. 2017 noch war FSA+ (Freiwilliges Schul-Angebot) und der flächendeckende Ausbau der Tagesbetreuung Thema, nun folgt die Strategie Schul- und Betreuungsraum. Der Stadtrat will untersuchen, wie er Raum für 50 zusätzliche Klassen bereitstellen kann. Betriebliche Optimierungen, räumliche Umnutzungen, Miete, Ergänzungsbauten, Neubauten? Vielleicht sogar das 2017 geschlossene Schulhaus Tschudiwies reaktivieren, dem das Quartier noch immer nachtrauert? Gabathuler: «Es ist fast alles denkbar. Das Projekt wird zeigen, was tatsächlich Sinn ergibt.»

Anders als 2017 hat sich der Stadtrat diesmal externe Unter-



Der Stadtrat will herausfinden, wie er Platz für die vorausgesagten zusätzlichen 50 Klassen im Schuljahr 2027/2028 und den steigenden Bedarf an Tagesbetreuung schaffen kann. Bild: Benjamin Manser

stützung geholt. Für viele Arbeitsschritte werde spezifisches Fachwissen benötigt, das intern nicht oder nicht ausreichend vorhanden sei, schreibt das Gremium. Und arbeitet mit den Zürcher Firmen Basler & Hoffmann AG und Eckhaus AG zusammen. «Beide Unternehmen bringen sehr viel Erfahrung mit. So haben sie 2019 eine vergleichbare Raumplanungsstrategie für die Stadt Winterthur erstellt», sagt Gabathuler.

Anders als 2017 ist auch der Zeithorizont. Er erstreckt sich nun über 15 Jahre. «Aufgrund der langen Vorlauf- und Planungszeit für Bauprojekte hat sich gezeigt, dass sechs Jahre wie bei FSA+ zu kurz sind», sagt Gabathuler. Bei grossen Bauprojekten wie Schulneubauten würden von der Projektierung bis

«Es geht auch um die Idee, welche Räume künftig von Schule und Tagesbetreuung genutzt werden können.»



Mathias Gabathuler Stadtrat

zum Abschluss der Bauarbeiten erfahrungsgemäss acht Jahre verstreichen. Nach Vergleich mit anderen Städten und Austausch mit Fachleuten sei man zum Schluss gekommen, dass eine Prognose für 15 Jahre richtig sei. Dieser Zeitraum stimme auch mit der Investitionsplanung überein. «Ein längerer Zeitraum hingegen würde bald einmal unpräzise und zum Blick in die berühmte Glaskugel.»

Das Projekt soll aufzeigen, welche Bauvorhaben und Investitionen im Bereich Schule und Tagesbetreuung in den nächsten 15 Jahren nötig sind. Dazu überprüft der Stadtrat die Flächenstandards. Und wie weit sie «im Sinne der nötigen Sparanstrengungen in verantwortbarem Masse» gesenkt werden können, ist in der Vorlage zu lesen.

Orientierung bieten dabei Empfehlungen des Kantons. Gabathuler: «Es geht um die Idee, welche Räume künftig von Schule und Tagesbetreuung genutzt werden können. Dazu gehören auch die Turnhallen.»

Dabei soll trotz Spardruck Rücksicht auf die moderne Pädagogik genommen werden. «In Zukunft sind Mobilität und Flexibilität wichtig», betont Gabathuler, ehemaliger Rektor der Kantonsschule am Brühl. Als gelungenes, bereits realisiertes Beispiel nennt er das Oberstufenschulhaus Ziel. Einen Teil der grosszügigen Schulgänge habe man mit Glaswänden in Boxen unterteilt. Der Schultag beginnt im Zimmer, später arbeiten die Schülerinnen und Schüler in den Glaskabinen frei an Projekten.

Der Stadtrat will das Projekt in acht Phasen organisieren. Die Ist-Situation soll spätestens im dritten Quartal dieses Jahres aufgenommen sein, bis dann ist auch die Prognosemethode für die Schülerzahl entwickelt. Ende Jahr werden die neuen Richtraumprogramme erarbeitet sein, bis Mitte 2022 nötige bauliche Massnahmen für Kindergärten, Primar- und Oberstufen sowie für die Tagesbetreuung. Der Stadtrat geht davon aus, dass die entsprechenden Kosten bis Herbst 2022 berechnet sind. Danach fasst er die Ergebnisse in einem Bericht zusammen und zeigt Anfang 2023 eine mögliche, zeitliche Realisierung in der Investitionsplanung 2024 auf.

Die Kosten für die Erarbeitung der Schul- und Betreuungsraumstrategie hingegen stehen schon fest. Sie belaufen sich auf 190 000 Franken. Das Stadtparlament muss den Kredit genehmigen. Nicht eingeschlossen sind die Kosten für das laufende Jahr. Deshalb werde ein Nachtragskredit nötig sein, heisst es.

Hilft auch bei Anwohnerprotesten

Dient das Strategiepapier dem Stadtrat auch dazu, allfällige Proteste gegen Neubauten niederzuschmettern? Beispiel Sömerliwiese. Vor ein paar Jahren wollte die Stadt auf einem Teil der Grünfläche eine moderne Tagesbetreuung bauen, die Bevölkerung verhinderte das jedoch. Oder Fall Boppartshof. Die Stadt will neben dem Schulhaus einen dreistöckigen Neubau für die Tagesbetreuung errichten. Dafür müsste ein Teil der Spiel- und Sportwiese weichen. Ein Anwohner wehrt sich. Gabathuler erachtet die Strategie als wichtiges strategisches Führungsinstrument zur Setzung von Prioritäten in Zeiten von knappen finanziellen Ressourcen. «Selbstverständlich helfen klare Grundlagen auch, die Bauvorhaben zu erklären, den Bedarf glaubhaft zu argumentieren und so Akzeptanz zu schaffen. Projektziel aber ist das nicht.»

FDP-Politiker warnt vor einem «finanziellen Debakel»

In einem Vorstoss will Stadtparlamentarier Andreas Dudli vom Stadtrat wissen, ob er bereit sei, ein Entlastungsprogramm auszuarbeiten.

Andreas Dudli macht sich grosse Sorgen, wenn er die Finanzplanung der Stadt St. Gallen für die nächsten Jahre anschaut. Und der FDP-Stadtparlamentarier findet, dass diese Situation jetzt thematisiert werden muss. Er hat darum kürzlich eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel «Abwendung eines Finanzdebakels – Wann reagiert der Stadtrat mit einem Entlastungsprogramm?» Dudli beruft sich auf die Finanzplanung im Budgetbericht 2021. Für das laufende Jahr rechnet die Stadt von einem Defizit von 30 Millionen Franken. Doch damit nicht genug: Der Blick in den Finanzplan

zeige, schreibt Dudli in seinem Vorstoss, dass der Stadtrat im Jahr 2022 von einem weiteren Defizit von knapp 70 Millionen und in den Folgejahren von rund 60 bis 65 Millionen Franken ausgehe.

«Diese Zahlen dürften so von Gesetzes wegen nicht budgetiert werden, da wir gemäss diesem Finanzplan bereits im Jahr 2022 das Eigenkapital der Stadt aufgebraucht haben werden», schreibt Dudli. Dieses betrage derzeit noch rund 90 Millionen Franken. «Es brennt. Eigentlich ist es schon zu spät», sagt Dudli auf Anfrage. «Wenn wir weiterhin finanzpolitischen

Spielraum haben wollen, müssen wir jetzt handeln.» Und damit meint er: den Finanzhaushalt der Stadt entlasten. Das kann man auf verschiedene Ar-



Andreas Dudli macht sich Sorgen um den St. Galler Finanzhaushalt. Bild: PD

ten machen. Entweder man erhöht die Einnahmen, etwa durch eine Anpassung des Steuerfusses, oder man schraubt bei den Ausgaben und spart. Für Dudli ist klar: «Wir müssen sparen.» St. Gallen gehöre beim Steuerfuss schon heute zu den Schlusslichtern im Kanton. Der Stadtparlamentarier sieht dort darum keinen Spielraum.

Dudli fordert ein konkretes Sparziel

Der Kanton sei finanziell in einer ähnlich schwierigen Situation, schreibt Dudli weiter. Die Kantonsregierung habe daher im Februar 2021 ein Entlastungs-

programm von 60 Millionen Franken vorgeschlagen, welches das Kantonsparlament auf 120 Millionen erhöht habe. Auch die Stadt müsse nun handeln, findet der FDP-Politiker. Konkret will er vom Stadtrat wissen, ob er bereit sei, wie der Kanton ein Entlastungsprogramm auszuarbeiten, das «konkrete einzusparende Summen» beinhaltet.

Zudem fragt er, ob sich der Stadtrat – allenfalls im Projekt «Fokus25» – ein konkretes Ziel vorgibt, wie viel er einsparen will und wie hoch dieses Ziel ist. «Es braucht ein Sparziel, eine konkrete Zahl, damit man dann

Massnahmen ergreifen kann», sagt Dudli. Unter dem Namen «Fokus25» führt die Stadt seit Juni 2019 eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durch, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. Er betont: «Davon ist nun aber nichts zu merken, wenn man sich das Budget 2021 vor Augen führt.» Vor diesem Hintergrund möchte er wissen, wie der Stadtrat auf dieses «bevorstehende finanzielle Debakel» zu reagieren gedenkt. Es brauche jetzt Antworten, sagt Dudli. «Stadtpräsidentin Maria Pappa muss nun öffentlich sagen, was sie tun will», so der Stadtparlamentarier. (mbu)